

**Die Zukunft
gehört uns.**



Jugend!



**Unterrichtseinheit
Gewerkschaft.**

**GEMEINSAM
GEWINNEN.**



Unterrichtseinheit „Gewerkschaft.“

Ansatz

Viele Auszubildende und junge Beschäftigte, vor allem aus kleinen Betrieben, haben kaum noch einen direkten Bezug zu den Gewerkschaften.

Doch zeigt gerade die Geschichte der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, wie wichtig es ist, dass sich Arbeiter zusammenschließen und in Gewerkschaften organisieren, um ihre Rechte zu wahren. Besonders das Zeitalter der Industrialisierung, bekannt aus dem Geschichts- und/oder Sozialkunde-Unterricht, macht deutlich, dass angemessene Bezahlung und geregelte Arbeitszeiten nur durch organisierte Solidarität unter den Arbeitnehmern durchzusetzen war.

Die Auseinandersetzungen in diesem Unterrichtsmodul haben die Schüler/-innen in ihren Grundzügen oft selbst kennen gelernt oder sie kommen ihnen als abhängig Beschäftigte in der einen oder anderen Weise bekannt vor. So werden sie erkennen, dass gewerkschaftliche Themen auch etwas mit ihrer Berufswirklichkeit zu tun haben oder haben werden.

Ziel

Ziel dieses Unterrichtsmoduls ist es, den Azubis zu zeigen, dass Auseinandersetzungen um ihre Rechte Generationen von Menschen in ähnlicher Lebenssituation dazu gebracht haben, sich zusammenzuschließen und in Gewerkschaften zu organisieren.

Inhalte

- Was ist eine Gewerkschaft?
- Warum wurden Gewerkschaften gegründet?
- Was tun Gewerkschaften?
- Was haben Gewerkschaften bislang erreicht?
- Was sind die Vorteile der Mitgliedschaft?
- Der DGB als Bund und Dach der deutschen Gewerkschaften.
- Was ist die IG Metall und wie arbeitet sie?
- Warum gibt es die Gewerkschaftsjugend in der IG Metall und was tut sie?

Dauer

Ausgelegt für einen 90-minütigen Unterrichtsblock, jedoch bieten die Charts Material für mehr als 90 Minuten. Daher ist in der Vorbereitung eine Auswahl von Schwerpunkten nötig.

Chartkommentare



Chart 2 – "In Boss We Trust"



Dieser Chart dient als Einstieg in eine kurze Diskussion zum Thema Gewerkschaften. Er bietet die Möglichkeit, locker ins Gespräch zu kommen. Folgende Fragen können sinnvoll sein:

- Welche der beiden Positionen findet ihr nachvollziehbarer?
- Denkt ihr, dass Unternehmer und Arbeitgeber den Beschäftigten freiwillig bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne gewährleisten würden?
- Kennt ihr Gewerkschaften?
- Habt ihr eine Vorstellung davon, was Gewerkschaften machen?



Chart 3 – Gewerkschaften

Interessenvertretungen der Beschäftigten

- Gewerkschaften sind demokratische und freiwillige Zusammenschlüsse von Beschäftigten zur Wahrung ihrer gemeinsamen Interessen.
- Gewerkschaften sind unabhängig von politischen Parteien, Kirchen, Staat und Arbeitgeberseite.
- Gewerkschaften kämpfen für die Interessen ihrer Mitglieder – wenn nötig mit Streiks und anderen Maßnahmen.

Gewerkschaften sind demokratische und freiwillige Zusammenschlüsse von Arbeitnehmern zur Wahrung ihrer gemeinsamen Interessen.

Gewerkschaften vertreten die Interessen der lohnabhängig Beschäftigten. In ihnen organisieren sich Menschen, um die eigenen Arbeits- und Lebensbedingungen aktiv mitzugestalten und zu verbessern. Die Verkürzung der Arbeitszeit, gerechte und gute Löhne und Gehälter, ausreichend Freizeit und Urlaub, qualitativ hochwertige Ausbildungen – die Kette der Dinge, für die sich Gewerkschaften einsetzen und wo sie bereits viele Verbesserungen erkämpft haben ist sehr lang.

Eines der Kernarbeitsfelder von Gewerkschaften ist die Tarifpolitik. Das Recht darauf, sich gewerkschaftlich zu organisieren ist im Grundgesetz festgeschrieben (Art. 9 GG / Koalitionsfreiheit). Auch die Tarifautonomie ist grundgesetzlich verankert. Tarifautonomie bedeutet, dass Gewerkschaften und Arbeitgeber/ Arbeitgeberverbände Tarifverträge aushandeln und abschließen können – ohne die Einmischung des Staates. Tarifverträge regeln unter anderem:

- die Höhe der Löhne
- Arbeitszeiten
- die Dauer des Urlaubs
- Schutz der Gesundheit am Arbeitsplatz
- Kündigungsschutz

Weil Arbeitsschutzbestimmungen meist in Gesetzen oder Verordnungen verbindlich festgelegt werden, klären die Gewerkschaften außerdem Politiker und Regierungsbeamte über notwendige Standards und neue Forschungsergebnisse auf.

Gewerkschaften sind unabhängig von politischen Parteien, Kirchen, Staat und Arbeitgeberseite.

Stichwort „Einheitsgewerkschaft“: Die Einzelgewerkschaften des DGB zählen deshalb zu den mitgliederstärksten und einflussreichsten der Welt, weil sie sich auf die Formel „ein Betrieb – eine Gewerkschaft“ verständigt haben, sich also in den Betrieben im Allgemeinen keine Konkurrenz machen.

Das ist nicht überall so:

- In Frankreich und Italien existieren parteigebundene Gewerkschaften.
- In Polen hat die Katholische Kirche starken Einfluss.
- In China gibt es keine vom Staat unabhängigen Gewerkschaften.
- In Japan sind Betriebsgewerkschaften manchmal von der Unternehmensführung mitfinanziert.

All das schwächt die Einheit der Arbeitnehmer/-innen. Unternehmer können

Gewerkschaften dann einfacher gegeneinander ausspielen. Denn die Mitglieder der Gewerkschaft sind in erster Linie lohnabhängig Beschäftigte mit gemeinsamen Interessen, egal ob sich einige von ihnen Parteien wie der SPD, der CDU, den Grünen, der Linken oder anderen nahe fühlen und egal, ob und welcher Religion sie angehören.



Gewerkschaften kämpfen für die Interessen ihrer Mitglieder – wenn nötig mit Streiks und anderen Kampfmaßnahmen.

Gewerkschaften haben sich Mitte des 19. Jahrhunderts entwickelt. Da es durch die Industrielle Revolution immer mehr ungelernete Stadtbewohner/-innen gab, die nichts als ihre Arbeitskraft (Lohnarbeit) zu verkaufen hatten, konnten die Arbeitgeber die Not der kinderreichen Familien ausnutzen und ausbeuterische Forderungen durchsetzen. Die Zustände waren damals von extrem langen Arbeitszeiten, Hungerlöhnen, Kinderarbeit, lebensgefährlichen Arbeitsplätzen und vielem mehr geprägt. Existenzunsicherheit und Verelendung weckten das Gefühl der Solidarität unter den Arbeiter/-innen und sie schlossen sich zusammen und führten Arbeitskämpfe gegen die Unternehmer. Die Gewerkschaften entstanden also, um die Unterlegenheit der Arbeitnehmer beim Aushandeln von Arbeitsbedingungen auszugleichen.

„Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will“, heißt es in einem alten Arbeiterlied. Die Arbeitsniederlegung - der Streik – ist das zentrale Kampfinstrument der Gewerkschaften. Denn wenn nichts produziert wird oder die Aufträge nicht erledigt werden, gibt es auch keine Profite für die Unternehmer und das ist natürlich nicht in deren Sinne. Wenn die Unternehmer nicht bereit sind, auf die Forderungen der Gewerkschaften einzugehen, müssen die Gewerkschaften dieses Kampfinstrument einsetzen. Es gibt eigentlich keine andere Möglichkeit, den Forderungen Nachdruck zu verleihen, ohne unglaublich zu werden. Das geht natürlich nur, wenn die Gewerkschaften den angedrohten Streik auch erfolgreich organisieren können. Schließlich müssen sie ihre Mitglieder mobilisieren und ihnen für die Dauer des Streiks ein Streikgeld zahlen können, das den Lohnausfall während der Arbeitsniederlegung einigermaßen ersetzt. Daher: je mehr Mitglieder, desto voller die Streikkasse, desto stärker die Interessenvertretung durch die Gewerkschaften. In Deutschland ist das Streikrecht heute über das Grundgesetz garantiert und es gelten einige Regelungen für beide Seiten: So müssen die Unternehmensvertreter mit den Gewerkschaften verhandeln. Diese dürfen aber nicht einfach so zum Streik aufrufen, sondern erst, wenn es trotz Schlichtung von dritter Seite weiterhin keinen Fortschritt bei den Verhandlungen gibt und eine Urabstimmung bei den Gewerkschaftern eine Mehrheit für Streikmaßnahmen ergibt.

Chart 6 – Gewerkschaften sind aktiv



Für die Interessen ihrer Mitglieder

- Aushandeln von Tarifverträgen .
- Beratung und Unterstützung bei Konflikten im Betrieb.
- Vertretung von Beschäftigteninteressen in der Politik.
- Mitgliederbetreuung und -service.
- Unterstützung von Betriebsräten und Jugend- und Auszubildendenvertretungen.
- Beteiligung der Mitglieder bei allen Entscheidungen.

Aushandeln von Tarifverträgen

Tarifverträge verbessern die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten. Es gibt Flächentarifverträge und Firmen- bzw. Haustarifverträge. Flächentarifverträge sind Tarifverträge, die für einen bestimmten räumlichen Geltungsbereich (Tarifgebiet), eine bestimmte Fläche (z.B. Nordrhein-Westfalen oder den Bezirk Küste) gelten. Sie legen Mindestlöhne und -arbeitsbedingungen in tarifgebundenen Betrieben fest, die dort nicht unterschritten werden dürfen. Mit den Flächentarifverträgen ist sichergestellt, dass gleiche Mindestarbeitsbedingungen in verschiedenen Betrieben einer Branche und eines Tarifgebiets gelten. Damit werden für einzelne Betriebe gleiche Bedingungen für die Konkurrenz im marktwirtschaftlichen System geschaffen. Ohne Flächentarifverträge würde eine Unterbietungskonkurrenz der einzelnen Arbeitnehmer gegeneinander einsetzen. Firmen- oder Haustarifverträge sind Tarifverträge, die bei manchen Großbetrieben direkt zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern ausgehandelt werden.

Die Tarifpolitik regelt nicht nur das Finanzielle, sondern auch:

- Arbeitsbedingungen
- Arbeitszeit
- Urlaubsregelungen
- Urlaubsgeld
- Übernahme von Azubis nach der Ausbildung
- Dauer der Probezeit
- Definition von „Pause“ und „Arbeit“
- Richtige Eingruppierung von Arbeitnehmern
- Korrekter Ablauf bei Beendigungen des Arbeitsverhältnisses (Kündigungs- und Ausschlussfristen)

Beratung und Unterstützung bei Konflikten im Betrieb

Kein Arbeitnehmer kann alle seine Rechte überblicken. Hier hilft die gewerkschaftliche Beratung. Außerdem kann ein einzelner Arbeitnehmer auch nicht immer seine Rechte allein gegenüber dem Arbeitgeber durchsetzen. Oft braucht er Unterstützung. Und wieder hilft hier die Gewerkschaft, geeignete Mittel und Wege zu finden. Zum Beispiel bei:

- Kündigung
- Abmahnung
- Streichung von Zulagen
- Anordnung von Überstunden

Und bei vielem mehr.

Vertretung von Arbeitnehmerinteressen in der Politik

Wer zum Leben nur seine Arbeitskraft hat, die er oder sie verkaufen kann, muss auch ein Interesse an politischen Regelungen haben, die eine sozial gerechtere Welt anstreben. Demokratie, Menschenrechte und Frieden sind deshalb für die Gewerkschaften keine abstrakten Modelle, sondern Zustände, für deren Schaffung bzw. Erhaltung sich die Gewerkschaften einsetzen. Schließlich hat der Faschismus gezeigt, wohin eine antidemokratische, nationalistische und nach dem Führerprinzip organisierte Herrschaft führt.



Unterstützung von Betriebsräten und Jugend- und Auszubildendenvertretungen

Betriebsrat und Gewerkschaft sind formal getrennt, doch etwa drei Viertel der Betriebsräte in Deutschland sind auch Mitglieder einer DGB-Gewerkschaft, daher können die Gewerkschaften der Betriebsratsarbeit koordinierend und unterstützend assistieren. Während Tarifverträge direkt zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern ausgehandelt werden, werden Betriebsvereinbarungen zwischen Betriebsrat und Arbeitgeber abgeschlossen. Natürlich unterstützt von den Gewerkschaften. Im Betriebsverfassungsgesetz werden Aufgaben und Wirkungsfeld der Betriebsräte und der Jugend- und Auszubildendenvertretungen definiert. Die Betriebsräte haben Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte.

Jeder kann Betriebsrat werden, egal ob Gewerkschaftsmitglied oder nicht. Ein Ziel der Gewerkschaften ist die Bildung möglichst vieler Betriebsräte und Jugend- und Auszubildendenvertretungen und die Unterstützung dieser Arbeitnehmervertretungen in ihrer täglichen Arbeit.

Chart 8 – Gewerkschaften erkämpfen Erfolge



Erfolge für bessere Arbeit und ein schönes Leben

- Angemessene Einkommen
- Akzeptable Arbeitszeiten
- Arbeitsschutz und Versicherungen (z.B. Altersvorsorge)
- Schutzrechte gegen übermäßige Ausbeutung
- Demokratische Rechte in der Gesellschaft

Betrachtet man die Entwicklung seit den Anfängen der Arbeiterbewegung, dann ist offensichtlich, dass der gemeinsame Kampf der abhängig Beschäftigten deren Lage in vielen Bereichen deutlich verbessern konnte. Keine falsche Bescheidenheit: Ohne die Gewerkschaften gäbe es die relativ gesicherten Lebensbedingungen nicht, auf denen wir heute aufbauen können.

Angemessene Einkommen

Einer der bedeutendsten Ursachen für die Gründung von Gewerkschaften Mitte des 19. Jahrhunderts war der Kampf für einen Arbeitslohn, mit dem sich die nackte Existenz absichern ließ. Heute verdient laut Statistischem Bundesamt ein/-e vollzeitbeschäftigte/-r Arbeitnehmer/-in in Deutschland im Durchschnitt 41 509 Euro brutto im Jahr (2008).

Entwicklung der Bruttoverdienste

Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste¹
Deutschland

Jahr	Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer		
	Insgesamt	Männer	Frauen
	EUR		
2008	3 103	3 294	2 661
2007	3 023	3 211	2 590
2006	2 950	3 138	2 522
2005	2 901	3 088	2 475
2004	2 846	3 034	2 421
2003	2 783	2 972	2 359
2002	2 701	2 889	2 286
2001	2 617	2 800	2 216
2000	2 551	2 732	2 150
1999	2 518	2 713	2 105
1998	2 447	2 639	2 039
1997	2 389	2 580	1 985
1996	2 344	2 539	1 933
1995	2 281	2 470	1 858
1994	2 185	2 370	1 774
1993	2 103	2 281	1 704
1992	2 003	2 188	1 602
1991	1 832	2 010	1 440

¹ Im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich ohne Sonderzahlungen.

(Statistisches Bundesamt)

Akzeptable Arbeitszeiten

Ein weiteres wichtiges Motiv der Gewerkschaftsbewegung war der Kampf um menschenwürdige Arbeitszeiten. Die Forderungen begannen damals mit dem 10-Stunden-Tag, dann mit dem 8-Stunden-Normalarbeitstag, dem freien Samstag, mehr Urlaub und der Verkürzung der Wochenarbeitszeit. Heute liegt die bezahlte Wochenarbeitszeit nach der Statistik für beide Geschlechter leicht verschieden bei 38 Stunden, die Zahl der Vollarbeitstage bei ca. 230.

Arbeitsschutz und Versicherungen

Das dritte Motiv der Gewerkschaftsbewegung war die finanzielle Absicherung im Krankheitsfall, nach Arbeitsunfällen, bei Arbeitslosigkeit und im Alter.

Wann wurde was in Deutschland gesetzlich verankert:

- 1883: Krankenversicherung
- 1884: Unfallversicherung
- 1889: Rentenversicherung
- 1927: Arbeitslosenversicherung.

Dazu gehört auch die 1994 vom Bundestag beschlossene Einführung der Pflegeversicherung. Das Netz der sozialen Sicherheit wurde durch den Einsatz der Arbeiterbewegung und ihrer Gewerkschaften errichtet. Sie sind es auch heute, die am engagiertesten für seinen Erhalt eintreten.

Schutzrechte gegen übermäßige Ausbeutung - Jugendarbeitsschutz

In der Anfangszeit der kapitalistischen Industrialisierung war schwerste Kinderarbeit in Bergwerken und Fabriken völlig üblich. Dank der Gewerkschaften gibt es bei uns keine Kinderarbeit mehr und Arbeiterinnen werden immer besser geschützt. Seit 1976 gilt in der Bundesrepublik Deutschland das Jugendarbeitsschutzgesetz:

- Beschäftigung von Kindern und vollzeitschulpflichtigen Jugendlichen bis zum 17. Lebensjahr ist grundsätzlich verboten
- Schutzvorschriften für die Arbeitszeit
- Schutzvorschriften für bestimmte Arbeiten
- Schutzvorschriften für den Jahresurlaub
- Berufsschulzeit gilt als Arbeitszeit
- Körperliche Züchtigung ist verboten

Demokratische Rechte in der Gesellschaft

Seit es die Gewerkschaftsbewegung gibt, setzt sie sich für Menschenrechte und Demokratie ein, denn die Gewerkschaften können ohne das Recht auf freie Meinungsäußerung, die Koalitionsfreiheit, das Versammlungsrecht nicht arbeiten. Das allgemeine, gleiche, unmittelbare und geheime Wahlrecht gibt es bei uns erst, nachdem es nach der Novemberrevolution von 1918 in der Weimarer Verfassung festgeschrieben wurde. Und Frauen sind auch erst seit damals wahlberechtigt! Die Verankerung dieser Grundrechte zuerst 1919 und dann 1949 im Grundgesetz ist auch ein Erfolg der Gewerkschaftsbewegung.





Chart 6 – Geschichte wird gemacht I

Die Ursprünge der Gewerkschaften

- 1700 bis 1850: Gesellen bilden Bruderschaften
- 1844: Weber/-innenaufstand
- 1848/49: Erste Gewerkschaften: Gutenbergbund und Arbeiterverbrüderung
- 1878: das Bismarcksche Sozialistengesetz

Gewaltige Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse mit neuen sozialen Konflikten:

- Ca. ab 1830: Industrielle Revolution in Europa und Nordamerika
- Massen von Lohnarbeitern arbeiten in den Fabriken von wenigen Unternehmern
- Handwerker werden zu Fabrikarbeitern, verlassen ihre Werkstätten zu Hause und ziehen in die Nähe der Fabriken
- Bauernsöhne ohne Hoffnung auf Zukunft (karge Ausbeute, Erbteilung, usw.) ziehen in die Städte und arbeiten in der Schwerindustrie oder in Bergwerken
- Menschen mit Geld standen gegen Menschen, die nur ihre Arbeitskraft hatten.

1700 bis 1850 – Gesellen bilden Bruderschaften

- Die Zünfte dominierten jahrhundertlang das Handwerk
- Zünfte und Meister verhinderten Zuzug neuer Konkurrenten und setzten Preise fest
- Sie bildeten Nachwuchs aus, an den sie ihr Wissen weitergaben
- Gesellen mussten sich auf ihrer Wanderschaft neues Wissen aneignen
- Gesellen hatten Treffpunkte, an denen sie ihre Erfahrungen austauschten
- Industrielle Revolution: Gut ausgebildete und erfahrene Handwerker landeten als einfache Arbeiter in den Fabriken
- Sie setzten sich als erste zur Wehr gegen:
 - Elende Arbeitsbedingungen
 - Lange Arbeitszeiten
 - Miserable Löhne
- Sie schlossen sich in Gesellenvereinen zusammen
- Sie formulierten als erste die Interessen der neuen Gesellschaftsschicht der „Arbeiter“
- Konflikt mit den Herrschenden, weil in den Staaten des Deutschen Bundes Koalitionsverbot herrschte
- Daher: Verfolgung politischer Vereinigungen

1844 – WeberInnenaufstand

- Aufkommende Weberindustrie nutzte trotz dampfbetriebenen Webmaschinen auch die Arbeitskraft der traditionsreichen Weber und Weberinnen. Diese Handwerker arbeiteten für einen Hungerlohn zu Hause und ihre ganze Familie musste mitarbeiten.
- Die Unternehmer kürzten den Lohn trotzdem immer weiter und verlängerten die Arbeitszeiten.
- Weber/-innenaufstand in Schlesien: Hunger und Furcht, ihre wenige, letzte Arbeit auch noch an die Webmaschinen zu verlieren, treiben die Lohnweber/-innen zum Aufstand.

- Juni 1844: Nach ersten Verhaftungen wegen Singens „aufrührerischer Lieder“ stürmen 3.000 die Fabriken in ihren Orten, zerstören die Webmaschinen und vernichten die Geschäftsbücher ihrer Ausbeuter.
- Preußische Truppen schlagen den verzweifelten Aufstand blutig nieder.
- Der Weber/-innenaufstand setzte dennoch ein nachhaltiges Zeichen: Fabrikherren machten erstmals Erfahrungen mit der aufgestauten Wut ihrer ausgebeuteten Arbeiterschaft.



1848/49 – Erste Gewerkschaften: Gutenbergbund und Arbeiterverbrüderung

- Revolutionszeit 1848: Erste gewerkschaftliche Vereinigungen der Arbeiter entstehen.
- Ziel: Abwehr der unerträglichen Ausbeutung durch die Unternehmer.
- Gutenbergbund von Buchdruckergehilfen zur gegenseitigen Unterstützung 1848 gegründet.
- Gutenbergbund kämpfte für Lohnerhöhungen und gegen besondere Ausbeutungsbedingungen von Kindern und Frauen, u.a. durch Streiks.
- Mai 1848: Tarifvertrag für Mindestlohn und 10-Stunden-Arbeitszeiten in Breslau abgeschlossen.
- Übernahme dieser Tarifvereinbarung in 42 weiteren Städten in Schlesien sowie weitere Tarifverträge in Dresden, Frankfurt und Wien.
- Allgemeine Deutsche Arbeiterverbrüderung (1848/49): Zusammenschluss für Arbeiter (nicht mehr Handwerker) in ganz Deutschland (über Grenzen der damaligen Kleinstaaten hinweg)
- Arbeiterverbrüderung forderte:
 - Freie Vereins- und Koalitionsbildung (heute Bestandteil unserer Verfassung!)
 - Normalarbeitstag
 - Lohnerhöhung
 - Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, Krankheit und für Versorgung im Alter
- Arbeiterverbrüderung setzte sich auch für Bildungseinrichtungen für Arbeiter und Gründung von Genossenschaften ein
- Nach dem Sieg der reaktionären Kräfte jedoch Unterdrückung und schließlich Verbot 1854 im ganzen Deutschen Bund.
- Die Allgemeine Deutsche Arbeiterverbrüderung war der Beginn der Arbeiterbewegung in Deutschland

1878 – Bismarcks Sozialistengesetz

- Die Arbeiterbewegung erstarkte, die neu gegründete SPD erzielte Wahlerfolge: das „Gespenst des Kommunismus“ ging um.
- Reichskanzler Bismarck reagierte im Oktober 1878 mit dem „Gesetz gegen die gemein-gefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“.
- Das Gesetz betraf auch die gewerkschaftliche Betätigung: Meinungs-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit galten für die Arbeiterbewegung nicht mehr.
- 1890: Aufhebung des Gesetzes, da es seinen Zweck verfehlte, vielmehr die Opposition und die Arbeiterbewegung stärkte.

Chart 7 – Geschichte wird gemacht II



Meilensteine bis 1933

- Die Sozialversicherungsgesetze
- Der Acht-Stunden-Tag
- Die Tarifaufonomie
- Der 1. Mai

Die Sozialversicherungsgesetze

- 1883: Krankenversicherung per Gesetz für alle Arbeiter
- 1884: Unfallversicherung per Gesetz für alle Arbeiter
- 1889: Rentenversicherung per Gesetz für alle Arbeiter

Der Acht-Stunden-Tag

- Industrielle Revolution: Zunächst waren Arbeitszeiten mit 12 Stunden oder sogar mehr die Regel
- Unmenschliche Arbeitszeiten, daher schnell Kampf der Arbeiter für einen 10-Stunden-Arbeitstag, um ihre Gesundheit zu erhalten und nicht nur für die Arbeit zu leben
- Ab 1860: Kampf der Arbeiter für einen 8-Stunden-Arbeitstag
- Unternehmer entdeckten, dass Arbeiter trotz Verkürzung der Arbeitszeit genau so viel wie vorher produzieren können
- 1918: Gesetz für 8-Stunden-Arbeitstag und 48-Stunden-Woche

Die Tarifaufonomie

- Industrielle Revolution: Lohn zunächst nur von Fabrikherren festgelegt
- Lohnerhöhungen nur durch Verhandlungen oder Streiks – und das ohne Sicherheit für ihre Arbeitsplätze
- Oft Entscheidung durch Militär oder Polizei zugunsten der Fabrikherren
- Es gab für die Gewerkschaften keinen rechtlichen Anspruch auf Lohnverhandlungen
- 1920: Gewerkschaften erhalten das Recht, für ihre Mitglieder Tarifvereinbarungen auszuhandeln

Der 1. Mai

- ursprünglich in den USA ein traditioneller Tag für das Auslaufen und den Abschluss von Arbeitsverhältnissen.
- 1. Mai 1886: Demonstration für 8-Stunden-Arbeitstag in Chicago, USA, blutig auseinander -getrieben mit mehreren Toten.
- Gewerkschaften und Arbeiterparteien verabreden daraufhin weltweit, zukünftig an jedem 1.Mai für den 8-Stunden-Arbeitstag auf die Straße zu gehen.
- Seit dem 1. Mai 1890 in allen Industrieländern Demonstrationen von Arbeitern und Gewerkschaften.
- Der 1. Mai wird später staatlicher Feiertag.

Chart 8 – Geschichte wird gemacht III



Unterdrückung durch die Nazis ab 1933

- Zerschlagung des ADGB
- Die „Deutsche Arbeitsfront“
- Widerstand aus den Gewerkschaften

Weltwirtschaftskrise und Aufstieg der NSDAP

- Schwere internationale Wirtschaftskrise ab 1929.
- Millionen Menschen werden arbeitslos.
- Adolf Hitler wird am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt.
- NSDAP wird bei den Reichstagswahlen, bei der die Grundrechte ausgesetzt waren, am 5. März 1933 stärkste Partei.
- Nazis beginnen sofort mit Zerschlagung der demokratischen Strukturen, auch der Gewerkschaften.

Zerschlagung des ADGB

- 1930er Jahre: Vier Millionen Mitglieder im „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund“ (ADGB) mit ca. 30 Einzelgewerkschaften .
- zunehmender Mitgliederschwund seit der Wirtschaftskrise.
- ADGB schwankte zwischen Generalstreik und Anpassung an die NSDAP, letzteres zogen viele andere gesellschaftlichen Kräfte vor.
- Nach Reichstagswahlen im März 1933 steuerte der Leiter des ADGB eine bedingte Zusammenarbeit mit der NSDAP an.
- Die Nazis schlugen trotzdem zu:
 - Deutschlandweite Besetzung von Gewerkschaftshäusern durch SA-Trupps
 - Beschlagnahme der Gewerkschaftsgelder und
 - Verschleppung von Angestellten und Funktionären in die ersten Konzentrationslager

Die „Deutsche Arbeitsfront“

- 10. Mai 1933: Endgültige Gleichschaltung
- „Deutsche Arbeitsfront“ (DAF) tritt an die Stelle der alten Gewerkschaften
- Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital untersagt: Unternehmer, Geschäftsleitung und Belegschaft gehören alle gemeinsam der DAF an
- Jeder Betriebsangehörige sollte Mitglied in der DAF werden
- Nazi-Führerprinzip machte Chef zum Betriebsführer und Belegschaft zur Betriebsgemeinschaft, Arbeitskämpfe waren deshalb untersagt

Widerstand aus den Gewerkschaften

- Trotz harter Strafen versuchen Gewerkschafter aus dem Untergrund einen Wiederaufbau gewerkschaftlicher Strukturen
 - z.B. Untergrundzeitungen mit von den Nazis verschwiegenen Informationen
 - Organisation eines Boykotts der Vertrauensmännerwahlen bei der DAF
- Beispiel: Hans Fonger war Funktionär des Deutschen Eisenbahner-Verbandes. Er versuchte, bei der Bahn im Geheimen wieder gewerkschaftliche Zellen aufzubauen. Als ihn die Gestapo 1937 verhaftete, war er 45 Jahre alt, verheiratet.

Hans Fonger wurde mit mehreren Kollegen vor Gericht gestellt. Er erhielt 10 Jahre Zuchthaus „wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens unter erschwerenden Umständen“.



Im Zuchthaus Lüttringhausen bei Remscheid wurde Hans Fonger schwer krank. Trotzdem musste er mit einem Blindgängersuchtrupp in die Gegend von Celle. Er starb vermutlich auf dem Weg in das KZ Bergen-Belsen.

Chart 9 – Nichts ist selbstverständlich



Gewerkschaftliche Erfolge nach 1945

- Die Einheitsgewerkschaft wird gegründet
- Mitbestimmung
- „Samstags gehört Vati mir“
- Gegen die Notstandsgesetze
- „Trau keiner Woche über 35“
- Die Friedensbewegung

Die Einheitsgewerkschaft wird gegründet

Nach der Befreiung Deutschlands von der Nazi-Diktatur durch die Alliierten:

- Militärverwaltungen in den Besatzungszonen lassen sehr bald wieder Gewerkschaftsorganisationen zu.
- Die Alliierten sahen in Gewerkschaften wichtige Säulen für den geplanten Wiederaufbau Deutschlands als demokratisches Gemeinwesen.
- Außerdem wurden sie für die Wiederaufnahme der Produktion in den zerstörten Fabriken benötigt.
- 1949: Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) als neues Dach für 17 Branchengewerkschaften der jungen Bundesrepublik in München gegründet
- DGB: Mitglieder nach dem Prinzip "Ein Betrieb - eine Gewerkschaft" organisiert
- Die DGB-Gewerkschaften sind Einheitsgewerkschaften und keiner politischen Partei, Religion oder Weltanschauung verpflichtet.
- Alle lohnabhängig Beschäftigten sollen in einer starken demokratischen Gewerkschaft zusammengeschlossen werden, um einem Regime wie dem der Nazis nie wieder eine Chance zu geben.
- Unter dem Dach des DGB schlossen sich 17 Gewerkschaften zusammen. Nach zahlreichen Zusammenschlüssen sind es heute noch acht:

- Die IG Metall
- Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di
- Die IG BAU – Industriegewerkschaft Bauen, Agrar, Umwelt
- Die GdP – Gewerkschaft der Polizei
- Die GEW – Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
- Die TRANSNET
- Die IG BCE – Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie
- Die NGG – Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten

Mitbestimmung

- Forderung nach Verstaatlichung oder Vergesellschaftung der Montan- und Schwerindustrie stößt nach dem 2. Weltkrieg in weiten Teilen der Gesellschaft auf Zustimmung. Der Grund: Die Nazis hätten ohne die Kooperation der Kohle- und Stahlbarone ihren Krieg nicht führen können.
- **1951: Montan-Mitbestimmungsgesetz** verpflichtet Bergwerksunternehmen und die eisen- und stahlverarbeitende Industrie bei mehr als 1000 Belegschaftsmitgliedern zur **paritätischen Besetzung der Aufsichtsräte**. Das heißt: Kapital und Arbeit haben dort jeweils die gleiche Anzahl von Vertretern.
- **Gesetz für die Mitbestimmung** der Beschäftigten gilt seit dem 4. Mai 1976.

„Samstags gehört Vati mir“



- Ende der 1950er-Jahre: Höhepunkt des „Wirtschaftswunder“-Wiederaufbaus
- DGB-Gewerkschaften führen gemeinsam eine groß angelegte Kampagne zur Durchsetzung der 5-Tage-Woche durch, außer dem Sonntag sollte auch Samstag grundsätzlich arbeitsfrei sein.
- Parole „Samstags gehört Vati mir“ auf Plakatwänden und in Zeitschriftenanzeigen.
 - Ziele der Kampagne:
 - Mehr Lebensqualität
 - Mehr Zeit für die Familie
 - Mehr Zeit für Hobbies und Erholung.
- Die Kampagne hatte bekanntlich Erfolg.
- Aktuell: Der freie Samstag ist mittlerweile im Zeichen der Flexibilisierung der Arbeitszeit wieder in Gefahr.

Gegen die Notstandsgesetze

- Mitte der 1960er-Jahre: Große Koalition von CDU/ CSU und SPD wollte mit ihrer Zweidrittelmehrheit im Bundestag das Grundgesetz ändern
- Grund dafür: Sonderregelungen für den Kriegsfall, den Spannungsfall, den so genannten Inneren Notstand und den Katastrophenfall sollten in der Verfassung verankert werden
- Breites Widerstandsbündnis außerhalb des Parlaments organisierte sich gegen die geplanten "Notstandsgesetze"
- Die APO, die Außerparlamentarische Opposition, war geboren!
- Befürchtung: Geplante Grundgesetzänderungen sind gefährliche Stärkung des Bundeskanzlers und seiner Regierung
- Außerdem prinzipielle Ablehnung von Einschränkungen von Grundrechten und von Einsätzen der Bundeswehr innerhalb der Bundesrepublik bei inneren Unruhen
- Gewerkschaften waren von Anfang an Teil dieses Oppositionsbündnisses aufgrund ihrer historischen Erfahrung
- Trotz monatelangen Debatten in der Bevölkerung und den bis dahin größten Demonstrationen der Bundesrepublik verabschiedeten Regierungsparteien das Notstandspaket.
- Die Auseinandersetzung um die Notstandsgesetze wirkte prägend und machte klar, dass mit den Gewerkschaften künftig zu rechnen hat, wer die Bürgerrechte beschneiden will.

„Trau keiner Woche über 35“

- Ab 1977: IG Metall sowie die damalige IG Druck und Papier (heute ver.di) fordern erstmals die 35-Stunden-Woche.
- Anfang der 1980er-Jahre: Breite gesellschaftliche Diskussion um die weitere Verkürzung der Arbeitszeit.
- 1984: IG Metall fordert erstmals weniger Arbeitszeit statt mehr Geld.
- Später fordert dies auch die damalige IG Druck und Papier.
- Ziel: Durch sieben Stunden Arbeit am Tag, 35 Stunden in der Woche, mehr freie Zeit und damit mehr Lebensqualität für die Beschäftigten.
- Weiteres Ziel: Anreiz für die Unternehmen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze.
- Grund: Strukturelle Arbeitslosigkeit war stark angestiegen und sollte verringert werden.
- Vorschlag der Gewerkschaften: Die vorhandene Arbeit wird anders verteilt:
 - Alle sollten Arbeit haben, aber weniger.



- Um die Frage des Lohnausgleichs bei der geforderten Arbeitszeitverkürzung entbrannte eine heftige Diskussion: Voller Lohnausgleich oder nicht?
- Mittlerweile: Tarifparteien vereinbarten in vielen Branchen Arbeitszeitverkürzungen.
- Gesellschaftliche Debatte um die Arbeitszeit und die Verteilung der Arbeit geht in vielfältiger Form weiter.

Die Friedensbewegung

- Gewerkschaften: Erhaltung des Friedens ist eine weitere Aufgabe neben der Verbesserung der Arbeitsbedingungen sowie der Erhaltung der Demokratie.
- Millionen Menschen demonstrierten gegen die Politik der beiden Militärblöcke:
- 1979: NATO-Doppelbeschluss (Stationierung von Pershing II-Atomraketen der U.S.-Streitkräfte in Europa).
- Sowjetische SS 20-Raketen auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs.
- DGB stellte sich gegen NATO-Doppelbeschluss und damit gegen SPD/ FDP-Regierung von Bundeskanzler Helmut Schmidt.
- Gewerkschaften beriefen sich auf pazifistische Tradition des DGB.
- Gewerkschaften unterstützten z.B. „Mahnminuten für den Frieden“, bei denen mehrere hunderttausend Menschen ihre Arbeit niederlegten.
- Gewerkschaften: Unterstützung der Organisation von Großdemonstrationen und Menschenketten mit bis zu einer Million Teilnehmern.



Chart 10 – Mitgliedschaft bringt´s

Nur 1% vom Bruttolohn – dein Beitrag zahlt sich aus

- Anspruch auf mehr Lohn/Gehalt nach Tarif
- Anspruch auf kürzere Arbeitszeit nach Tarif
- Anspruch auf mehr Urlaub und Urlaubsgeld nach Tarif
- Im Arbeitskampf: Streik- und Gemaßregeltenunterstützung
- Kostenloser Rechtsschutz vor Sozial- und Arbeitsgerichten (z.B. bei Hartz IV-Widersprüchen)
- Kostenlose Beratung bei Konflikten
- Mitgliederbetreuung
- Günstige Fortbildung
- Spannende Freizeitangebote

Anspruch auf mehr durch Tarif

Grundsätzlich gelten Tarifverträge nur für Arbeitnehmer, die einer Gewerkschaft angehören und für Arbeitgeber, die in einem Arbeitgeberverband sind. Nur Gewerkschaftsmitglieder haben einen Rechtsanspruch auf in Tarifverträgen vereinbartes Gehalt, Arbeitszeit, Urlaub, Urlaubsgeld. Nichtmitglieder haben diesen rechtlichen Anspruch nicht. Weil die Arbeitgeber verhindern wollen, dass die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder wächst, stellen sie oft die nicht-organisierten Arbeitnehmer nicht schlechter als die tarifgebundenen Gewerkschaftsmitglieder.

Doch das Bundesarbeitsgericht hat klar entschieden: „Der tarifgebundene Arbeitgeber ist nicht verpflichtet, aufgrund des sogenannten Gleichbehandlungsgrundsatzes seinen nicht tarifgebundenen Arbeitnehmern das zu gewähren, was er aufgrund eines Tarifvertrages den tarifgebundenen Arbeitnehmern zu gewähren verpflichtet ist.“ (Urteil des Bundesarbeitsgerichts 4 AZR 199/59 vom 20. Juli 1960)

Im Arbeitskampf: Streik- und Gemaßregeltenunterstützung

Legen die ArbeitnehmerInnen in einer Auseinandersetzung mit den Unternehmern ihre Arbeit nieder, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, so erhalten sie von den Unternehmern keinen Lohn oder Gehalt. Daher haben die Gewerkschaften Streikkassen angelegt, um ihren Mitglieder in dieser Zeit mit dem Streikgeld den Lohnausfall einigermaßen ausgleichen zu können.

Kostenloser Rechtsschutz bei Sozial- und Arbeitsgerichten

Nichtmitglieder müssen das selbst bezahlen und deshalb verzichten sie oft darauf, ihre berechtigten Ansprüche auch gerichtlich durchzusetzen.

Kostenlose Beratung bei Konflikten

Gewerkschaften unterstützen die Gründung von Betriebsräten, unterstützen die Beschäftigten bei betrieblichen Konflikten und vertreten sie bei Streitigkeiten mit ihrem Arbeitgeber (Abmahnungen, Kündigungen, Überstunden, usw.).

Mitgliederbetreuung

Alle Mitglieder der IG Metall haben eine Freizeitunfallversicherung.

Günstige Fortbildung

Anspruch auf kostenlose Teilnahme an gewerkschaftlichen Bildungsveranstaltungen.



Nette Leute

Die Mitglieder der Gewerkschaften sind Kolleginnen und Kollegen wie du und ich. Wir haben erkannt, dass die Gemeinschaft der ArbeitnehmerInnen, die Gewerkschaften, der einzige Weg ist, gemeinsam und solidarisch die eigenen Interessen zu vertreten.

Nur 1 Prozent vom Bruttolohn – dein Beitrag zahlt sich aus

Für Erwerbstätige 1 Prozent vom Bruttoeinkommen, für Arbeitslose 1,53 Euro pro Monat.

Chart 11 – Der Deutsche Gewerkschaftsbund

DGB – Dach der Gewerkschaften



Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) koordiniert die gewerkschaftlichen Aktivitäten seiner Mitgliedsgewerkschaften und ist ihre Stimme gegenüber den politischen Entscheidungsträgern, Parteien und Verbänden in Bund, Ländern und Gemeinden.

Allerdings schließt der DGB keine Tarifverträge ab, da er ein Dachverband ist. Die Finanz- und Tarifautonomie liegt ausschließlich bei den Einzelgewerkschaften, diese handeln mit den Arbeitgebern Tarifverträge zum Einkommen, zu den Arbeitszeiten, zum Urlaub, usw. aus.

Seit seiner Gründung 1949 ist der DGB – wie auch seine Mitgliedsgewerkschaften – dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft verpflichtet: pluralistisch und politisch unabhängig, keineswegs jedoch neutral. Denn der DGB bezieht Position im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und streitet für eine solidarische Gesellschaft.

Der DGB ist demokratisch von unten nach oben aufgebaut. Er hat acht Mitgliedsgewerkschaften

- IG Bauen-Agrar-Umwelt
- IG Bergbau, Chemie, Energie
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
- IG Metall
- NGG Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten
- Gewerkschaft der Polizei
- TRANSNET
- ver.di - Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

Auf internationaler Ebene vertritt der DGB die deutsche Gewerkschaftsbewegung im „Europäischen Gewerkschaftsbund“ (EGB) und im „Internationalen Bund Freier Gewerkschaften“ (IBFG) sowie bei internationalen Institutionen wie die EU und UNO.



Chart 12 – Die IG Metall

Eine demokratische Struktur

Die IG Metall ist eine demokratische Organisation. Das heißt: Die Willensbildung geht von den Mitgliedern aus.

Die Beteiligung der Mitglieder wird durch Wahlen und das Prinzip der Delegation („jemanden abordnen“) gesichert: Gewählte Vertreterinnen und Vertreter der Mitglieder entscheiden in den Delegiertenversammlungen der Verwaltungsstellen bis hin zum Gewerkschaftstag (höchstes Organ der IG Metall). Zusätzlich können alle Mitglieder einer Verwaltungsstelle in verschiedenen Arbeitskreisen mitarbeiten.

In diesen Strukturen wird beraten und beschlossen:

- Vertrauensleute
- Delegiertenversammlung
- Ortsvorstand
- Ausschüsse
- Arbeitskreise

Die Mitglieder der IG Metall wählen die Vertrauensleute der Gewerkschaft. Vertrauensleute dienen als Bindeglied zwischen den IG Metall-Mitgliedern und dem Betriebsrat – vor allem in großen Betrieben. Sie sind bei Fragen und Problemen erste Anlaufstelle am Arbeitsplatz. Die Vertrauensleute können gemeinsam mit dem Betriebsrat einiges dafür tun, um – auch informelle – Lösungen zu finden und Missstände zu beheben. Nicht zuletzt nominieren die Vertrauensleute auch die Kandidatinnen und Kandidaten der IG Metall für die Betriebsratswahl.

Die von Mitgliedern und Vertrauensleuten gewählte *Delegiertenversammlung* ist so etwas wie das „Parlament“ der örtlichen Verwaltungsstelle und tagt vierteljährlich. Wer für Initiativen die Unterstützung der IG Metall benötigt, sollte die Delegiertenversammlung überzeugen, denn sie trifft Entscheidungen (zum Beispiel Aktionen im Betrieb), die vom Ortsvorstand organisiert werden. Weiterhin diskutieren die Mitglieder einer Delegiertenversammlung die Tarifforderungen und wählen die Mitglieder der Tarifkommissionen ebenso wie die Delegierten zur Bezirkskonferenz und zum Gewerkschaftstag. Und sie wählen den Ortsvorstand.

Jedem ordentlichen Parlament sitzt eine Regierung gegenüber – in der IG Metall ist das der *Ortsvorstand*. Hier arbeiten hauptamtliche und ehrenamtliche GewerkschafterInnen zusammen und leiten die Verwaltungsstelle. Wie jede gute Regierung setzt der Ortsvorstand die Beschlüsse des „Parlaments“ um und hat dabei Spielräume für eigene Initiativen. Er kann mit Ausschüssen und Arbeitskreisen sowie mit Projekten politische Schwerpunkte setzen.

Aktive Mitglieder der IG Metall unter 27, JAVen und die Jugendsekretär/-innen der jeweiligen Verwaltungsstelle treffen sich im Ortsjugendausschuss (OJA). Der OJA berät den Ortsvorstand der IG Metall in Jugendfragen, damit die Interessen der Jugendlichen in der IG Metall berücksichtigt werden.



Chart 13 – Die IG Metall Jugend

Das ist deine Interessenvertretung

- Eigene demokratische Strukturen und Gremien.
- Ansprechpartner für Azubis und Jugendliche in Betrieben.
- Unterstützung von JAVen.
- Seminare und Workshops für Jugendliche.
- Internationale Jugendarbeit.
- Jede Menge Service für Mitglieder.

Die IG Metall Jugend beschäftigt sich mit allen Fragen, in denen Interessen der Jugend berührt werden. Die Kernthemen der Gewerkschaftsjugend sind:

- Ausbildung
- Arbeitszeit
- Verdienst
- und gesellschaftspolitische Themen – vor allem Antirassismus, Umweltschutz, Krieg und Frieden.

Unsere Hauptforderungen:

- ausreichend Ausbildungsplätze im gewünschten Beruf.
- die unbefristete Übernahme nach der Ausbildung.
- existenzsichernde Ausbildungsvergütungen.
- eine qualifizierte, hochwertige Berufsausbildung.
- Entwicklungsmöglichkeiten im Beruf.

Ein eigenes Internetangebot ergänzt das gewerkschaftliche Engagement im Bereich Jugend und versteht sich in erster Linie als Informationsquelle:

<http://www.jugend.igmetall.de>

Dort gibt es außerdem einen Bereich nur für Mitglieder der IG Metall Jugend mit Materialien für die JAV-Arbeit, Downloads, etc.

Chart 14 – Wir beziehen Position



Dafür machen wir uns stark

- Für ausreichende Ausbildungsplätze im gewünschten Beruf
- Für existenzsichernde Ausbildungsvergütung
- Für eine qualitativ hochwertige Berufsausbildung
- Für die unbefristete Übernahme nach der Ausbildung
- Für Entwicklungsmöglichkeiten im Beruf

Für ausreichend Ausbildungsplätze im gewünschten Beruf

- Ausbildungsplatzmangel:
Die IG Metall Jugend fordert genügend Ausbildungsplätze im gewünschten Beruf und die Schaffung von neuen, zukunftsorientierten Berufsbildern.
- Umlagefinanzierung:
Immer mehr Jugendliche suchen einen Ausbildungsplatz, Unternehmen und öffentliche Hand bieten immer weniger Stellen an. Grund ist die Kurzsichtigkeit der Unternehmen. Schnelle Gewinne zählen, nicht langfristige Konkurrenzfähigkeit. Doch zu langfristiger Konkurrenzfähigkeit gehören nun mal qualifizierte Fachkräfte.

Die IG Metall Jugend fordert deshalb ein verbessertes Ausbildungsangebot und eine gerechte Verteilung der Ausbildungskosten durch eine gesetzliche Umlagefinanzierung: Wer nicht ausbildet, muss zahlen! In einen Topf, aus dem Betriebe unterstützt werden, die über ihren Bedarf ausbilden.

Für eine qualitativ hochwertige Ausbildung

Die IG Metall Jugend fordert eine qualifizierte, moderne Ausbildung. Dazu braucht es: Moderne Ausbildungsmethoden wie Projektausbildung, Lerninseln und Lernaufgabenkonzepte unter Einbeziehung neuer Medien. Vermittlung von Schlüsselqualifikationen wie Teamfähigkeit, soziale Kompetenz, Methoden- und Arbeitstechniken, Projekt- und Prozessausbildung und Gruppenarbeit.

- Lernzielkontrollen.
- Ausbildungsstandkontrollen.
- Einhaltung des Ausbildungsrahmenplans (Im Ausbildungsrahmenplan ist festgelegt, was den Auszubildenden während der Ausbildung vermittelt und beigebracht werden muss.)

Die IG Metall Jugend fordert die Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung: durch Schaffung doppelqualifizierender Ausbildungsgänge und die Öffnung der Fachhochschulen für Absolvent/-innen des „dualen Systems“.

Für Entwicklungsmöglichkeiten im Beruf

Darüber hinaus setzt sich die IG Metall auch für diese Themen ein:

- Die IG Metall Jugend fordert eine aktive europäische Beschäftigungspolitik und kritisiert die bisherige bloße Verwaltung der Arbeitslosigkeit.
- Zur Schaffung neuer Arbeitsplätze ist eine Erhöhung der öffentlichen Investitionen dringend erforderlich. Ob Wissenschaft und Forschung oder erneuerbare Energien, Gesundheitswesen, Verkehrssektor oder Bauwesen: Hier finden sich Bereiche mit erheblichen Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten.
- Die IG Metall Jugend steht zu einem Arbeitsbegriff, der nicht auf Erwerbsarbeit reduziert ist. Er beinhaltet ebenso bisher unbezahlte

gesellschaftlich, sozial und ökologisch sinnvolle Tätigkeiten. Es gilt im Rahmen von tariflichen und betrieblichen Vereinbarungen neue Beschäftigungsperspektiven zu eröffnen. Auch hier ist der Gesetzgeber gefordert.



- Europaweite Beschäftigungspolitik bedeutet, dass Europa wegen der immer enger werdenden internationalen Verflechtungen der Wirtschaft zu einer politischen, sozialen und ökologischen Union werden muss, in der die Rechte der ArbeitnehmerInnen gesichert sind. Die IG Metall Jugend arbeitet daran mit.



Chart 15 – Gemeinsam gewinnen

Unsere Leistungen

- Rechtsschutz: Sozialrecht, Arbeitsrecht
- gute Standards in Tarifverträgen und der Erhalt der Tarifautonomie
- ordentliche Ausbildungsvergütung
- 12 Monate Übernahme für Azubis
- Beratung von Jugend- und Auszubildendenvertretungen
- Beratung von Betriebsräten

Unsere Stärken

Nur in der Gewerkschaft können wir unsere Forderungen durchsetzen, weil wir:

- Gemeinschaft bieten
- Sicherheit bieten
- Beteiligung ermöglichen
- Zukunft gestalten

Hier noch mal zusammenfassend die Vorteile der Mitgliedschaft aufzählen – und zum Beitritt auffordern.



Chart 16 – 19 – Zitatediskussion

Auf den letzten Charts der Präsentation finden sich unterschiedliche Zitate zum Thema der Unterrichtseinheit. Die Auszubildenden sollen sich eine Meinung zu den Aussagen bilden. Ziel ist es, im Rahmen einer Diskussion die Relevanz der Thematik im Bewusstsein der Schüler/-innen zu verankern, ihnen gute Argumente an die Hand zu geben und aufzuzeigen, dass die erfolgreiche Durchsetzung der eigenen Interessen, Mitbestimmung, Demokratie und die Achtung der Menschenwürde keine Selbstverständlichkeiten sind, sondern immer wieder neu verhandelt und verteidigt werden müssen.

Wichtig: Es kann die schwierige Situation eintreten, dass die Auszubildenden eine neoliberale oder anti-gewerkschaftliche Position unterstützen. Dies sollte jedoch als Herausforderung und nicht als Problem angenommen werden. Offenheit, Ehrlichkeit und die Akzeptanz durchaus auch unterschiedlicher Positionen sind wichtige Voraussetzungen für Diskussion und vor allem für Meinungsbildungsprozesse. Oftmals kennen Auszubildenden die neoliberalen Positionen besser als andere. Weil es die Positionen sind, die ihnen tagtäglich im Alltag begegnen. Nicht selten werden sie im Rahmen von Projekttagen erstmals mit anderen Meinungen und Fakten konfrontiert.

Variante 1 – Offene Plenumsdiskussion

Abhängig von Zeit und Klassen können entweder einzelne Zitate ausgewählt oder alle durchdiskutiert werden. Im offenen Plenum wird das Zitat vorgelesen und anschließend werden die Auszubildenden nach ihrer Meinung gefragt. Den Teamenden obliegt bei diskussionsstarken Klassen die Rolle der Moderation und Redeleitung. Bei eher zurückhaltenden Klassen hat das Team die Aufgabe, durch provokante Nachfragen das Gespräch in Gang zu bringen. Die Zitate können einzeln nacheinander oder aber auch im Doppel gegeneinander diskutiert werden. Sie sind so sortiert, dass immer Pro- und Contra-Positionen abwechselnd aufeinander folgen.

Variante 2 – Drei-Ecken-Diskussion

Abhängig von Zeit und Klasse wählen die Teamenden im Vorfeld einige Zitate aus. Nun wird drei Ecken des Klassenraums jeweils eine Funktion zugeteilt: Eine Ecke heißt „Dieser Meinung bin ich auch.“ Eine zweite Ecke heißt: „Da bin ich voll und ganz dagegen.“ Und eine dritte Ecke heißt: „Ich bin unentschieden und würde sagen teils/teils.“

Das Zitat wird eingeblendet und die Schülerinnen und Schüler werden aufgefordert, sich ihrer persönlichen Meinung entsprechend den Ecken zuzuordnen. Nun können durch das Team Begründungen oder Hintergründe für die eigene Meinung bei den Azubis abgefragt werden. Es geht hierbei nicht darum, Meinungen als „falsch“ abzustempeln, sondern Lern- und Denkprozesse anzuregen. Sind die Argumente ausgetauscht, kann die Quelle angezeigt werden. Das geschieht per erneuten Mausclick bzw. Weitertastedrücken.

Variante 3 – Interaktive Debatte

Drei Stühle werden mit Blick auf die Klasse nebeneinander gestellt. Eine freiwillige Person kommt als erstes nach vorn. Diese Person und eine/-r der Referent/-innen beginnen die Diskussion über ein Zitat. Ein Stuhl bleibt frei. Die anderen Schüler/-

innen verfolgen die Debatte. Fällt jemandem ein neues Argument oder eine noch nicht aufgemachte Perspektive ein, so kommt diese Person nach vorn, setzt sich auf den leeren Platz und greift in die Diskussion ein. Die Person der beiden Vornsitzen, die bis dahin am längsten geredet hatte, muss ihren Platz räumen. Nun ist wieder ein Stuhl leer. Und die nächste Person kann nach vorn kommen und mitdebattieren.



Wichtig: Diese Methode eignet sich nur für diskussionsfreudige und aufgeweckte Klassen.

Zitate zum Themenkomplex „Gewerkschaft“

„Und wenn einer von der Gewerkschaft kommt, dann schmeiß ich ihn aus dem Fenster.“

Heinz Maurer, Gründer und Chef der Firma Sebapharma

„Die Gewerkschaften sind das Stärkste, was die Schwachen haben.“

Michael Sommer, Vorsitzender des DGB

„Die Gewerkschaften müssen entmachtet werden, damit es wieder eine fortschrittliche Politik geben kann. Gewerkschaften sind eine Plage für unser Land.“

Guido Westerwelle, Außenminister

„Ein Arbeitnehmer ist auf die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft angewiesen, wenn er im sozialen Bereich angemessen und schlagkräftig repräsentiert sein will.“

Aus einem Urteil des Bundesgerichtshofs

Biographische Hintergründe der Zitategeber/-innen

Michael Sommer (* 17. Januar 1952 in Büberich, heute Ortsteil von Meerbusch) ist seit dem 28. Mai 2002 Bundesvorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) und seit 1981 Mitglied der SPD. Sommer studierte Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin. Seit 1971 ist er Mitglied der Deutschen Postgewerkschaft, die 2001 in der Gewerkschaft ver.di aufgegangen ist. Nach dem Studienabschluss und seiner Diplomarbeit über Privatisierungsperspektiven im deutschen Postwesen arbeitete er hauptberuflich für die Postgewerkschaft. Über mehrere Zwischenstationen stieg er in der Gewerkschaft auf, bis er am 18. März 2001 stellvertretender Bundesvorsitzender von ver.di wurde. Ein Jahr später wurde er zum Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes gewählt.

Guido Westerwelle (* 27. Dezember 1961 in Bad Honnef) ist ein deutscher Politiker. Er war von 1994 bis 2001 Generalsekretär und ist seit 2001 Bundesvorsitzender der Freien Demokratischen Partei (FDP). Ferner war Westerwelle von 2006 bis 2009 Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion und Oppositionsführer im Deutschen Bundestag. Seit 28. Oktober 2009 ist er Bundesminister des Auswärtigen und Vizekanzler.